



 **Anne  
Janssen**  
Mitglied des Bundestages

AUSGABE III /2024

Foto: A. Hildebrandt · Tobias Koch, Berlin

## – Anne Janssen als Bundestagskandidatin nominiert! –

In der Wahlkreismitgliederversammlung der CDU im Bundestagswahlkreis 26 Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund wurde Anne Janssen mit 98,4 Prozent der Stimmen als Direktkandidatin für den 21. Deutschen Bundestag bestätigt.

„Für das mir entgegengebrachte Vertrauen der Mitglieder der Kreisverbände Friesland, Wilhelmshaven und Wittmund danke ich von Herzen!

Ich freue mich sehr, erneut als Direktkandidatin der CDU für den Wahlkreis Friesland - Wilhelmshaven - Wittmund in den Bundestagswahlkampf zu starten, um in Berlin weiterhin mit aller Kraft und starker Stimme für die Belange unserer Küstenregion eintreten zu können“, freut sich Bundestagsabgeordnete Anne Janssen.

Im Rahmen der Veranstaltung haben sowohl die Landtagsabgeordneten Katharina Jensen und Ulf Thiele als auch die Vorsitzenden Thies Fischer (CDU Wangerland), Björn Fischer (CDU Kreisverband Wittmund) und Olaf Werner (CDU Kreisverband Wilhelmshaven) Grußworte an die Mitglieder gerichtet.



# Wo die Novelle des Baugesetzes floppen könnte

Ist die geplante Novellierung des BauGB von vornherein mangelhaft? Dieser Frage ging jetzt Anne Janssen gemeinsam mit ihrem Kollegen Enak Ferlemann und zahlreichen Gästen aus Kommunen, Wirtschaft und Feuerwehr nach.

„Für die Novellierung zeichnet sich bereits jetzt ein besonders problematischer Bereich ab. Bislang gibt es jedoch keine Hinweise darauf, dass die Ampel hier einlenken könnte.“, so Anne Janssen. Ferlemann war als zuständiger Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Janssens Einladung gefolgt und gab allen Teilnehmern einen umfassenden Überblick über die geplanten Maßnahmen und vor allem die Lücken. So bereitet besonders §35, das Bauen im Außenbereich, Experten und Betroffenen Kopfzerbrechen. Gerade in ländlichen Bereichen würden die Auswirkungen einer fehlenden Anpassung in diesem Bereich überproportional zu Buche schlagen, so Anne Janssen.

„Schon seit längerer Zeit stehe ich mit Feuerwehren und Kommunen im regelmäßigen engen Austausch hierzu. Denn der Paragraph kommt negativ zum Tragen, wenn in die Jahre gekommene Feuerwehrhäuser saniert und zum Beispiel neu gebaut werden. Gerade in unserer Region sind die Häuser an alter Stelle kaum nach modernen Standards zu sanieren, weil zum Beispiel Fahrzeughallen mit den moderneren Fahrzeugen wachsen müssen und vieles mehr. Dann wäre es oft viel sinnvoller, an andere Stelle auszuweichen.“ Doch das wird oft durch die bisherige Gesetzgebung verhindert. Aber warum gibt es die

Regelung dann? „In Großstädten macht das Sinn, da können Einsatzzeiten nur gehalten werden, wenn man sich nicht 45 Minuten durch den Großstadtverkehr kämpfen muss. Aber hier bei uns bewirken die Regelungen genau das Gegenteil. Auch für die Retter wären die Wachen an anderer Stelle manchmal selbst besser erreichbar und Einsatzzeiten blieben etwa gleich oder könnten sogar noch optimiert werden.“

Ähnliches zeichnet sich bei der Sanierung von Immobilien wie alten Höfen ab. Aktuell müssten Käufer selbst jahrelang in den teils unbewohnbaren Höfen wohnen, bis sie grundlegenden Maßnahmen durchführen dürften. „Auch hier: in der Großstadt mag die Regelung gegen Gentrifizierung helfen. Auf dem Land bedeutet sie, dass etwa junge Familien sich nicht ansiedeln, weil sie mit einem Säugling oder Kleinkind nicht auf einen baufälligen Hof ziehen können und sich zwei parallele Wohnsitze über Jahre nicht leisten können.“

Beide Kritikpunkte konnte Enak Ferlemann nur bestätigen und sprach selbst von zahllosen Gesprächen über dringend benötigten Wohnraum, der blockiert sei, weil durch neue Eigentümer - und damit auch

zukünftige Bewohner - nicht sofort saniert oder neu gebaut werden dürfe. Die Abgeordneten waren sich einig: „Hier hat man in Berlin mal wieder den ländlichen Raum nicht auf dem Schirm. Ergänzungen wie zum Beispiel die Privilegierung von Feuerwehrhäusern oder Rettungswachen, könnten bereits zu einer ganz anderen ausreichenden Gesetzeslage führen. Doch trotz umfassender Erneuerung ist das nicht vorgesehen. Das ist unsinnig!“ Dabei sind beide Punkte bereits bekannt. Daher gilt es, jetzt nach der Sommerpause die Bemühungen um eine Kurskorrektur der Ampel in Berlin noch einmal deutlich zu verstärken. „Ein Gesetz zu ändern ist ja keine Kleinigkeit, vielleicht versuchen wir es zur Abwechslung mal gleich richtig.“, so Anne Janssen.



## Für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik

Am 27. August 2024 bot unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz Bundeskanzler Olaf Scholz die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Wende in der Asyl- und Migrationspolitik an. Bei einem anschließenden Treffen machten unsere Vertreter deutlich, welche Maßnahmen dringend notwendig sind, um die illegale Migration nach Deutschland wirksam zu bekämpfen. Dazu gehören unter anderem die Beendigung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten sowie die Wiedereinführung des Ziels der Begrenzung von Migration im Aufenthaltsgesetz. Ein zentraler Punkt bleibt der Schutz der deutschen Grenzen vor unerlaubter Einreise. Wir haben der Bundesregierung klar signalisiert, dass nur eine konsequente Zurückweisung an den deutschen EU-Binnengrenzen die illegale Einreise stoppen kann.

Bereits zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts sieht sich unser Land mit der größten Zahl von Asylbewerbern und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfron-

tiert. Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 2024 wurden über 160.000 Asylanträge gestellt. Diese Situation belastet die Kommunen, Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Nahverkehr stark. Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen werden diese Probleme nicht beheben. Die CDU/CSU-Fraktion fordert weiterhin den Schutz der europäischen Außengrenzen und die Beibehaltung wirksamer Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen, um eine klare Zurückweisung von Personen zu ermöglichen, die bereits in einem anderen EU-Staat Schutz gefunden haben. Nur so kann die illegale Einreise nach Deutschland wirksam verhindert werden.

Die Ampel-Bundesregierung zeigt keine Entschlossenheit, um eine wirkliche Wende in der Asyl- und Migrationspolitik herbeizuführen. Interne Uneinigigkeiten lähmen die Regierung, und es fehlt an durchgreifenden Maßnahmen. Die von Nancy Faeser vorgestellten Vorschläge reichen nicht aus, um die drängenden Pro-

bleme zu lösen. Nur eine konsequente Zurückweisung an den deutschen EU-Binnengrenzen kann den unkontrollierten Zustrom nach Deutschland stoppen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten keine halbherzigen Kompromisse, sondern klare Lösungen. Diese Untätigkeit der Regierung, für die Bundeskanzler Olaf Scholz die Verantwortung trägt, stellt eine Gefahr für die innere Sicherheit unseres Landes dar. Die Ampelkoalition versagt bei der Bewältigung der irregulären Migration und zeigt sich unfähig, entschlossen zu handeln.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich nicht an Scheinlösungen und endlosen Diskussionen in immer neuen Gesprächsrunden beteiligen. Die notwendigen Maßnahmen für eine effektive Asyl- und Migrationspolitik liegen auf dem Tisch. Jetzt ist nicht die Zeit für weitere Debatten, sondern für entschlossenes Handeln. Wir erneuern daher unsere Forderung nach konsequenten Zurückweisungen an den Grenzen, um die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland zu beenden.

# — Gesundheitsversorgung bedarf — mehr gemeinsamer Anstrengungen



Wer als Kassenpatient einen Facharzttermin ausmachen möchte, hat nicht selten mit überfüllten Warteschleifen und einigen Wochen bis Monaten Wartezeit zu kämpfen. Gerade im ländlichen Bereich zählt zu den Ursachen vorrangig auch, dass Ärzte, wenn sie selbst ihre Praxis zum Beispiel aus Altersgründen aufgeben wollen, keinen Nachfolger finden. So ist es aktuell auch im Kreis Wittmund, in dem sich die Situation nach dem Bereich HNO nun auch im Bereich Gynäkologie zuzuspitzen scheint. Eine Krisenrunde mit verschiedenen Vertretern aus der Gesundheitsbranche, der Kommunalpolitik und Anne Janssen brachte nun ein ernüchterndes Fazit. Ein ansässiger Arzt der im kommenden Jahr seine Praxis altersbedingt schließen wird, beklagte, dass er lediglich Ärzte anwerben könne, die als Angestellte in die Praxis kommen würden, aber niemanden für eine Übernahme finden würde. Dies sei heute keine Seltenheit mehr. Trotzdem die gynäkologische Regelversorgung aufgrund weiterer Schließungen ab 2026 im Kreis dann voraussichtlich weitgehend über das Krankenhaus und Nachbarorte laufen müsste, erhalte der Facharzt etwa durch die Kassenärztliche Vereinigung keinerlei Unterstützung. Man sei sogar der Meinung, die örtliche Versorgung sei ausreichend. „Da bemühen sich schon Ärzte nach Leibeskräften, ihr Versorgungsgebiet nicht als Trümmerfeld zu hinterlassen und das ist die Lage. Die knappe Fachärztelage ist bundesweit ein Problem und macht sich umso bemerkbarer, je ländlicher es wird.“, bestätigte Anne Janssen, dass es an anderer Stelle leider kaum anders aussehe. Ein Vorschlag der CDU Wittmund, um der Situation zu begegnen, war, dann zumindest über das örtliche Medizinische Versorgungszentrum Fachärzte anzustellen, wenn über diesen Weg Kräfte zu gewinnen seien. „Ich begrüße diesen praxisorientierten Vorschlag, schließlich können wir nicht einfach dabei zusehen, wie die Versorgung gegen Null geht und dann die Ärzte in der Klinik überlasten. Trotzdem werde ich das Gespräch mit der Vereinigung und auch mit meinen Kollegen suchen, denn eine einigermaßen flächendeckende Gesundheitsversorgung ist elementar!“, zeigte sich Janssen weiter besorgt und nicht gewillt, die Hände in den Schoß zu legen. Ein ähnliches Fazit ergab auch der Austausch

mit mehreren Apothekern, auch im Nachbar-kreis Friesland, in den vergangenen Wochen. Nachfolger zu finden, sei im gesamten Gesundheitsbereich immer schwieriger. Eine Mitschuld gaben die Apotheker dabei auch der Apothekenreform, die der Wirtschaftlichkeit weiter den Boden unter den Füßen wegziehe. „Das aktuelle System ist längst überholungsbedürftig und auch hier passiert nichts! Wir haben einen historischen Tiefstand bei der Zahl der Apotheken in Deutschland und wenn wir so weitermachen, sinkt die Zahl weiter.“, empörte sich Janssen nach den Gesprächen. „Mit den Pharmazie-Experten, und nichts anderes sind Apothekerinnen und Apotheker, verschwinden auch diejenigen, die zu Wechsel- und Nebenwirkungen beraten können, einen fachlich fundierten Vorschlag machen können und mit geeigneten Alternativpräparaten oder sogar eigenen Herstellungen noch so manchen Engpass überbrücken können, falls wiederum etwas nicht lieferbar ist.“, so die Abgeordnete. „Wir verspielen uns Handlungsoptionen für die Bürger, die nicht so einfach wiederkommen, wenn sie mal weg sind.“

Um Beratung ging es auch beim Besuch von Anne Janssen bei der AIDS-Hilfe Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund e.V. und profamilia in Wilhelmshaven. Beide Beratungsstellen vermeldeten einen hohen und eher steigenden Bedarf der Leistungen bei einer ohnehin knappen Finanzierung. So mahnte die AIDS-Hilfe zudem erneut an, wie schwierig eine gute Planung sei, wenn die Mittelzuweisung nach wie vor nur jährlich und mit keinem festen Satz erfolge. Dabei verändere sich die Struktur der Neuinfektionen. Die sozialen Medien unterstützend für die Aufklärung zu nutzen, sei problematisch, da die Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten in der Regel unter sexuelle Inhalte falle und damit gesperrt werde. Und auch aus dem Besuch bei profamilia konnte die Abgeordnete einige wichtige Nachrichten in Bezug auf die Gesundheitsversorgung „mitnehmen“: so berichteten die Beraterinnen, dass in der bundesweit an manchen Stellen dramatischen Versorgungslage bei einer Konfliktberatung und nachfolgendem Abbruch Niedersachsen im Mittelfeld sei. Auch die in manchen Regionen stärker auftretende Gehsteigbelästigung vor den Beratungsstellen sei hier in der Region kein massives Problem.



## Wahlrechtsreform in Teilen verfassungswidrig

Am 30. Juli 2024 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Wahlrechtsreform der Ampelkoalition teilweise für verfassungswidrig. In einem Verfahren, das unter anderem von der CDU/CSU-Fraktion initiiert wurde, bestätigte das Gericht, dass das Zweitstimmendeckungsverfahren mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Allerdings wurde die Streichung der Grundmandatsklausel, die mit der 5 %-Sperrklausel verknüpft ist, als verfassungswidrig eingestuft. Diese Klausel stellte sicher, dass Parteien auch dann in den Bundestag einziehen können, wenn sie weniger als 5 % der Stimmen erhalten, aber in mindestens drei Wahlkreisen Direktmandate gewinnen.

Ohne die Grundmandatsklausel könnte es künftig dazu kommen, dass beispielsweise die CSU, trotz zahlreicher Direktmandate in Bayern, nicht im Bundestag vertreten wäre, wenn sie bundesweit unter 5 % der Stimmen liegt. Dies würde den Grundsatz der Wahlgleichheit verletzen.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt, dass das Bundesverfassungsgericht unsere Bedenken hinsichtlich der Sperrklausel bestätigt hat. Gleichzeitig halten wir es für bedauerlich, dass das Zweitstimmendeckungsverfahren als verfassungsgemäß eingestuft wurde. Dieses Verfahren schwächt die Bedeutung der Direktmandate, was die Repräsentation der Regionen im Bundestag gefährdet.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber dazu aufgefordert, die 5 %-Sperrklausel und die Grundmandatsklausel neu zu gestalten. Wir schlagen der Ampelkoalition vor, noch vor der nächsten Bundestagswahl eine umfassende Reform des Wahlrechts zu erarbeiten, die zwei zentrale Ziele verfolgt: eine Verkleinerung des Bundestages auf etwa 600 Sitze sowie die uneingeschränkte Berücksichtigung der gewonnenen Direktmandate. Sollte die Ampel nicht bereit sein, diesen Schritt zu gehen, wird eine erneute Änderung des Wahlrechts in der kommenden Legislaturperiode unumgänglich sein.



# Anne Janssen im Europaausschuss und im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Anne Janssen ist jetzt stellvertretendes Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages. „Ich freue mich, dass ich die Impulse und Anregungen, die vor Ort im Wahlkreis an mich herangetragen werden, künftig nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch mit Blick auf Deutschlands Europapolitik einbringen kann. In vielen Bereichen ist es die europäische Rechtslage und dort verhandelte Verordnungen, die große Auswirkungen auf Leben und Arbeit vor Ort haben“, so Anne Janssen. Der im Grundgesetz verankerte Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Europaausschuss) ist der zentrale Ort der europapolitischen Mitwirkung im Deutschen Bundestag. Er ist Querschnitts- und Fachausschuss zugleich und

unter anderem für sämtliche Grundsatzfragen der europäischen Integration, institutionelle Themen, Strategiedokumente, die mehrjährige Finanzplanung der EU und Fragen der Erweiterung zuständig. Seit Mitte des Jahres ist Bundestagsabgeordnete Anne Janssen zudem ordentliches Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Diese weitere Mitgliedschaft wurde nun formal bestätigt. „Ehrenamtliches Engagement ist für mich ein ganz besonders wichtiges Thema. Gerade im ländlichen Raum wird immer wieder deutlich, wie unverzichtbar das Engagement für gesellschaftliche Belange ist - sei es in der Freiwilligen Feuerwehr, Sportvereinen, sozialen Einrichtungen oder auch im Rah-

men des Freiwilligen Sozialen Jahres. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Unterausschuss für die Belange der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger einzutreten“, kommentiert Anne Janssen ihre Arbeit im Unterausschuss. Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ befasst sich mit aktuellen Gesetzesvorhaben, die bürgerschaftliches Engagement betreffen. Darüber hinaus wirkt er – im Dialog mit der Zivilgesellschaft – an der Fortentwicklung der Engagementpolitik des Bundes mit. Der Unterausschuss hat auch das Ziel, die Rahmenbedingungen für freiwilliges und unentgeltliches Engagement für gesellschaftliche Belange zu verbessern.

## Wie ist Landwirtschaft in Deutschland noch möglich?

Zu dieser Frage hat sich Anne Janssen nun erneut mit dem Kreislandvolk Friesland ausgetauscht. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Katharina Jensen MdL kam sie der Gesprächsbitte nach und traf sich mit einer Delegation zu Themen wie der Novelle des Tierschutzgesetzes und Wolfsmanagement.

Die Sorge und der Appell der Landwirte: Mit einer Verschärfung der Tierschutzregelungen wie in der jetzigen Form von der Ampel geplant, ist landwirtschaftliche Tierhaltung auf einer wirtschaftlichen Ebene nicht mehr möglich. Die deutlich weniger strengen Richtlinien der europäischen Nachbarn und der offene Binnenmarkt ließen den hiesigen Landwirten dann keinen Raum. „Auch wir als CDU/CSU-Fraktion lehnen die Novellierung in der aktuellen Fassung ab.“, betonte Anne Janssen. „Die Folgen wären ein weiterer deutlicher Aufwuchs an Bürokratie und mit ihr weiter steigende Kosten. Darüber hinaus ist eine Weiterentwicklung des Tierschutzes nach wissenschaftlichen Kriterien unter Einbeziehung des Berufsstandes bisher nicht erfolgt.“, so Janssen. Man könne nicht blind Forderungen aufstellen, sonst würde man das Problem lediglich ins Ausland verlagern. „Wenn unsere Landwirte keine gangbaren Bedingungen haben und sich die Nutztierhaltung weiter ins Ausland verlagert, lebt ein größerer Teil der Nutztiere dort unter schlechteren Bedingungen. Damit haben wir die Lage für die Tiere effektiv verschlechtert, wir sehen sie nur nicht mehr direkt vor unserer eigenen Haustür.“

Lars Kaper, Vorsitzender des Kreislandvolks, berichtete, dass nach wie vor immer mehr Landwirte selbst das Handtuch schmeißen würden

oder sich nicht mehr darum bemühten, einen Nachfolger für den eigenen Hof zu finden. „Wir müssen Veränderungen so gestalten, dass wir nicht heimische Landwirtschaft vom Markt verdrängen. Wir sind doch in Deutschland nicht isoliert vom Rest.“, brachte Anne Janssen ihren Unmut über die Ampel-Pläne zum Ausdruck. Auch der Verbraucher hätte eine Verantwortung, aber es helfe nicht, die regionalen Höfe dabei aus Prinzip über Kopf gehen zu lassen. Auch der Wolf war nach wie vor ein großes Thema in der Runde. „Wir haben in Deutschland nach wie vor kein aktives Wolfsmanagement und damit auch keinen effektiven Schutz von Weidetieren vor dem Raubtier.“, beklagte Anne

Janssen. Die aktuelle Regelung der Schnellabschlüsse sei weder eine wirksame noch eine nachhaltige Maßnahme, um Tiere und Bevölkerung zu schützen. „Es geht um Managementlösungen, wie sie Schweden oder Frankreich bereits haben, EU-konform und nachvollziehbar.“, erklärte Janssen im Einklang mit den Landwirten. Die Geduld sei mehr als am Ende, sowohl der Landwirte als auch der ländlichen Bevölkerung und der Politik. Auch auf Landesebene fordere die CDU immer wieder ein Aktivwerden ein - ohne nennenswerte Reaktion. „Jetzt alle bis in die nächste Legislatur zu vertragen in der Hoffnung, dass man es dann nicht mehr selbst lösen muss, ist kein Weg.“



# — Haushalt 2025: Belastung der jungen Generation — und fehlende Prioritäten

In der aktuellen Haushaltswoche steht der Haushalt 2025 im Mittelpunkt der Beratungen. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz kritisierte die falschen Weichenstellungen der Ampelkoalition scharf. Besonders die stark gestiegenen Sozialausgaben bereiten Sorgen. „Der Sozialhaushalt explodiert“, warnte Merz während der Generaldebatte. Die Ampel habe den Konsens zwischen jüngerer und älterer Generation aufgekündigt, indem sie eine Sozialpolitik betreibt, die „brutal auf dem Rücken der jungen Generation ausgetragen“ wird. Die explodierenden Schulden würden vor allem zukünftige Generationen belasten, ohne dass eine nachhaltige Lösung in Sicht ist. In den Haushaltsplanungen sieht die Ampel eine Neuverschuldung von fast 100 Milliarden

Euro vor – ein Wert, der ohne Schuldenbremse wohl noch deutlich höher läge. Diese Politik führt zu einem tiefen Ungleichgewicht und hinterlässt viele offene Fragen. Die Sozialausgaben steigen immer weiter, während zentrale Zukunftsinvestitionen auf der Strecke bleiben. Die Ampel setzt auf kurzfristige Maßnahmen, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährden. Ohne die Schuldenbremse, so Merz, wäre die Staatsverschuldung förmlich explodiert. Zudem hat die Regierung einen Haushalt eingebracht, bei dem sie selbst hofft, dass er im Bundestag noch korrigiert wird. Mit 12 Milliarden Euro an globalen Minderausgaben kann dieser Entwurf nicht bestehen – das ist unseriös und stellt die Zukunftsfähigkeit des Landes infrage.

Gleichzeitig fehlen der Ampelkoalition konkrete Pläne für eine echte Haushaltskonsolidierung. Viele ihrer internen Streitpunkte, wie die Flexibilisierung der Arbeitszeit oder eine Unternehmensteuerreform, bleiben ungelöst. Die FDP konnte ihre Forderungen in diesen Bereichen nicht durchsetzen, was erneut zeigt, dass die Koalition keine einheitliche Linie findet.

Alles in allem bleibt der Haushalt 2025 ein Flickwerk, das weder zukunftsorientiert noch nachhaltig ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich weiterhin für einen Haushalt einsetzen, der die richtigen Prioritäten setzt, die Generationengerechtigkeit wahrt und die Belastungen für die Zukunft minimiert.

## Wie geht es dem Sport in der Region?

Mit dieser Frage hatte sich Anne Janssen an die Kreissportbünde in ihrem Wahlkreis gewandt. Der Austausch sowohl mit dem Bund Wittmund als auch Friesland ergab ein ganz ähnliches Bild und zeichnete unter anderem gleiche Sorgen ab.

Besonders im Vordergrund steht bereits jetzt dabei der kommende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den unteren Klassen. Denn was auf der einen Seite für viele Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen kann, bedeutet auf der anderen Seite auch: wer am Nachmittag an AGs in der Schule teilnimmt, ist dann nicht im Sportverein. Und mehr noch: Braucht eine Schule ihre oder die kommunale Sporthalle für die Sicherstellung des Ganztagsangebots selbst, entfallen hier die bisherigen Trainingszeiten für Vereine. Ein Ausweichen in die Abendstunden wäre selbst bei der Bereitschaft der Mitglieder bzw. der Familien und der Verfüg-

barkeit der Trainerinnen und Trainer oft schon deshalb schwierig, weil Kapazitäten dann oftmals bereits durch erwachsene Gruppen ausgelastet sind. Doch wie sich Ganztag im Einzelnen auf die jeweiligen Vereine auswirken könnte, kann konkret jetzt noch schwer gesagt werden. „Ganztag ist auch auf Schulseite aktuell ein Sorgenkind, da die praktische Umsetzung alles andere als einfach ist.“, so Anne Janssen. Zu dieser Seite konnte die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen einen aktuellen Einblick geben, die den Austausch mit dem Kreissportbund Friesland begleitete.

Neben dem Blick in die Zukunft standen auch Fragen an die Politik auf dem Programm, die nicht ganz so neu waren. „Immer noch bindet bürokratisches Drumrum zuviel Kapazität in den Vereinen und verleidet dann auch Leuten irgendwann das Ehrenamt. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass der allermeiste Teil der

Arbeit in diesen Vereinen durch Freiwillige geleistet wird.“, führte Janssen aus. Dabei seien Sportvereine mehr als eine Stunde Fußball oder Leichtathletik in der Woche. Die Vereine seien Strukturgeber, Kultur- und Gesellschaftsraum, in dem sich Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen treffen und austauschen würden. „Verständnis für den anderen, Rücksichtnahme, Teamarbeit - diese Fähigkeiten verbessern sich ganz nebenbei, egal ob klein oder groß.“ Bei allen drängenden Anliegen konnten die Sportler aber auch viele positive Nachrichten an ihre Besucher geben, so zum Beispiel über Sommerzeltlager, neue Angebote oder die gute Nachfrage und tollen Leistungen der angeschlossenen Vereine. Diese Vielfalt und den starken sozialen Verbund zu erhalten, müsse unbedingt auch den nötigen Rückhalt in der Politik haben, waren sich die Abgeordneten einig.



## Hinter den Kulissen bei ALBA

Metallschrott rein, Material raus - diesen Prozess hat sich Anne Janssen bei einem Besuch des Recycling-Riesen ALBA in Wilhelmshaven einmal näher angeschaut.

Seit mehr als 40 Jahren betreibt das Unternehmen mit Hauptsitz in Berlin bereits Recycling in großem Stil. Von Abbruch- und Rückbauarbeiten bis zum Export der wiedergewonnenen Stoffe reichen die Arbeitsprozesse an den mehr als 100 Standorten, zu denen auch Wilhelmshaven zählt. „In dieser Branche bringt das Recycling der im Herstellungsprozess oft aufwändigen Materialien eine Einsparung von etwa 90 Prozent an CO2 und schont wertvolle Rohstoffe. Wie erfolgreich man damit gleichzeitig sein kann, zeigt ALBA.“, zeigte sich die Abgeordnete beeindruckt.

Die Materialien würden nicht nur in Deutschland wieder eingesetzt, sondern international exportiert. Das allerdings sei seit der Einführung des Lieferketten-

gesetzes so manches Mal eine ziemliche Herausforderung, berichtete Patrick Kalk, Geschäftsführer des Standortes. Viele Länder

Die Ausbildungssituation bereitet dem Unternehmen zumindest hier in Wilhelmshaven dabei keine Sorgen. Aktuell haben 5 Auszubildende hier begonnen und lernen vom Berufskraftfahrer über Bürokaufleute verschiedenste Berufe. Ihnen gemein ist ein Wunsch, der auch viele erfahrene Kollegen beschäftigt: die 4-Tage-Woche. „Ich höre das zunehmend von Unternehmerinnen und Unternehmern. In zahlreichen Betrieben sind diese und ähnliche Fragen wie etwa flexible Arbeitszeiten Thema.“, so Janssen. Die Fragen fänden sich Deutschlandweit von der Agentur in der Metropole bis zum Kleinbetrieb auf dem Land.

„Klar ist, in der Wirtschaft gibt es aktuell besonders viele Fragen, gerade an uns auf politischer Ebene. Hier werden wir jetzt mit dem Beginn der neuen Parlamentszeit deutlich aktiver werden müssen. Das klagen wir als CDU/CSU auch schon erheblich länger ein und nichts ist passiert. Das geht so nicht mehr weiter.“, so Anne Janssen.



hätten längst keine vergleichbaren Standards und so seien Lieferketten vor Ort nicht immer so leicht nachzuvollziehen.

CDU/CSU auch schon erheblich länger ein und nichts ist passiert. Das geht so nicht mehr weiter.“, so Anne Janssen.

## Super-Gau im Ganztagsausbau

Ab dem Schuljahr 2026/2027 besteht für die neu-eingeschulte erste Klasse der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Bereits im Jahr 2021 hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung den im damaligen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Anspruch per Gesetz beschlossen. Um die anfallenden Kosten im Zuge der erweiterten Betreuung zu bewältigen, hatte der Bund schon ein Jahr zuvor ein Förderprogramm ins Leben gerufen, indem einmalig 2 Mrd. Euro zur Verfügung standen. Ein weiteres Förderprogramm in Höhe von 750 Mio. Euro folgte Ende 2021. Die Frist zum Abrufen der Gelder wurde Ende 2021 aufgrund von Verzögerungen im Bau durch die Corona-Pandemie verlängert. Als im Februar 2022 Russland die Ukraine angriff, traten weitere Verzögerungen in den Lieferketten insbesondere in der Baubranche ein. Eine weitere Fristverlängerung wäre nötig gewesen, damit die Gemeinden die Bauvorhaben an den Schulen abschließen können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte dies im Rahmen eines Gesetzentwurfs beantragt - aber die SPD-geführte Bundesregierung und das grüne Familienministerium lehnten das ab.

Jetzt zeigen sich die gravierenden Folgen der kurzfristigen Entscheidung der Bundesregierung: Mehrere Gemeinden konnten die Gel-

der nicht fristgerecht beantragen, weil entweder die Baumaßnahmen nicht abgeschlossen waren oder Rechnungen noch nicht final geprüft wurden. So auch die Gemeinde Gellersen in Niedersachsen. Der Neubau für den Ganztagsbetrieb ist fertig - nur die letzten Rechnungen waren in der Verwaltung noch nicht bearbeitet. Deswegen muss die Gemeinde jetzt 1,2 Mio. Euro zuzüglich über 82.000 Euro an Zinsen zurückzahlen und bleibt auf den Kosten sitzen.

Anne Janssen hat das von den Grünen geführte Familienministerium gefragt, was jetzt passieren soll. Die Antwort: Es ist keine weitere Fristverlängerung geplant, obwohl das Ministerium sehr wohl wusste, dass es zeitliche Probleme gab. Das Ministerium sieht zudem keinen finanziellen Schaden für die Gemeinden darin, dass die Fördermittel jetzt zurückgefordert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium verweist auf ein neues Förderprogramm für den Ganztagsausbau. Das Problem dabei: Selbst wenn neue Anträge auf Fördermittel dort genehmigt werden, dürf-

ten die Mittel nicht zur Rückzahlung der ersten Fördergelder genutzt werden. Zudem fallen die Fördersummen deutlich geringer aus. Die Gemeinde Gellersen würde auf mehr als 800.000 Euro Schulden sitzen bleiben. Kurzum: Selbst das neue Förderprogramm hilft nicht!

Wie soll es mit dem Ganztagsausbau jetzt weitergehen? Für Anne Janssen ist klar: „Die Bundesregierung muss den betroffenen Gemeinden eine brauchbare Lösung anbieten, um die bereits getätigten Investitionen in die Ganztagsinfrastruktur zu finanzieren!“



# Termine · Veranstaltungen



Sander Markt



Beim Schützenfestumzug in Esens



Wirtschaftsforum Schloss Gödens



Sommerfest CDU Friesland mit MdB Silvia Breher



Besuch bei der Feuerwehr Cleverns



Ortsfest Berdum



Vernissage Jürgen Müller-Dühring des OKK Wittmund in der Peldemühle



Schirmübergabe Groschenkirmes



Ausfahrt in Offshore Windpark Nordergründe



Wahlkreisbüro

## Anne Janssen

Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever  
Telefon: 044 61 7586144  
anne.janssen@bundestag.de

Foto: Tobias Koch, Berlin



www.annejanssen.de  
fb.me/annejanssen2021  
instagram.com/anne\_janssen\_26/

**CDU**